

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wöchentliches Abonnementpreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 RM;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanschriften nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine  
(Hirsch-Dumdey).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 45 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.  
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 19.

Berlin, Sonnabend, 7. März 1908.

Wierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Sozialpolitik im Reichstage. — Moderner Cäsarenhochmut! — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

## Sozialpolitik im Reichstage.

Nachdem wir in der vorigen Nummer uns mit den Ausführungen des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg über die Heimarbeit beschäftigt haben, wollen wir heute auf den Gang der Reichstags-Debatten über die große Gewerbeordnungs-Novelle einen kurzen Ueberblick werfen. Abgegeben von den Sozialdemokraten hat die Vorlage der Regierung bei allen Parteien Anerkennung gefunden. Nicht als ob man völlig mit dem Inhalt des Gesetzesentwurfs einverstanden wäre! Im Gegenteil, fast sämtliche Redner hatten mehr oder weniger Auslegungen zu machen; jeder wünschte noch diese oder jene Verbesserung, so daß eigentlich kaum erwartet werden darf, daß alle Wünsche voll befriedigt werden. Offenlich aber gelingt es der Kommission von 28 Mitgliedern, an welche die Vorlage noch am Montag verwiesen wurde, die größten Mängel zu beseitigen, so daß wenigstens etwas einigermassen Annehmbares aus der Vorlage wird. Es wäre bedauerlich, wenn jetzt, wo die Regierung die Hand zu Verbesserungen bietet, die Parteien nicht alles aufbieten, um wenigstens die dringenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Bei der ersten Lesung wird nur eine allgemeine Kritik an den Gesetzesvorlagen geübt, wobei natürlich auch einzelne Punkte besonders erörtert werden. Bestimmte Abänderungsvorschläge bleiben der Kommissionsberatung und den späteren Lesungen vorbehalten. Trotz alledem erhält man schon aus der ersten Lesung ein ungefähres Bild, wie sich die Parteien zu dem Ganzen stellen. Fangen wir auf der rechten Seite an!

Der konservative Redner Sielermann begrüßte die Vorlagen mit Freuden, warnte aber davor, die Heimarbeit durch allzu straffe Schutzbestimmungen gar zu sehr zu erschweren. Ihm geht dieser Teil der Vorlage also bereits zu weit. Auch der Abgeordnete Schmidt-Altenburg, der die Stellung der Reichspartei vertritt, konnte wesentliche Einwendungen gegen die Vorlage nicht machen. Er hat nur vor allen Dingen Bedenken, daß man dem Bundesrat allzu große Vollmachten in die Hand gibt. Der zur Wirtschaftlichen Vereinigung gehörende christlich-soziale Abgeordnete Behrens wandte sich gegen das völlige Verbot der Heimarbeit, hält aber viel energischer Eingriffe für notwendig, als sie diese Novelle bringt. Dieser Redner brachte noch eine ganze Reihe von Wünschen der Heimarbeiterrinnen vor, die u. a. auch zur Gewerbeaufsicht herangezogen werden müßten. Die Mitwirkung der Polizei hofft er ausschalten zu können, wenn die geplanten Arbeitsstätten vernünftig aufgebaut werden. Auch bedauerte dieser Redner, daß die Vorlage die Konkurrenzklause unbedeutend läßt und keinen Schutz bietet gegen den mit Aussperrungen und schwarzen Listen getriebenen Mißbrauch.

Für das Zentrum sprachen die Abgeordneten Dr. Pieper, Dr. Fleischer und Erzberger. Sie ließen es sich naturgemäß nicht nehmen, die Verdienste ihrer Partei um den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung zu preisen, und stellten sich im allgemeinen auf den Boden der Vorlage, an

der sie aber doch mancherlei auszufehen hatten. So vermißten sie darin namentlich die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, außerdem eine Heraushebung des Wöchnerinnenkurses auf 8 Wochen. Von der Beseitigung der Heimarbeit wollen auch sie nichts wissen, wenn sie auch stärkere Schutzbestimmungen für dringend notwendig erachteten.

Die Stellung der Nationalliberalen vertrat in erster Linie Abg. Frhr. Seyl zu Herrnsheim. Er begrüßte die Vorlage mit besonderer Genugtuung, namentlich wegen des 10 stündigen Maximalarbeitstages für Frauen und der Regelung der Heimarbeit. Nicht nur den Arbeitern selbst würde sie zum Segen gereichen, sondern der gesamten Industrie, wie diese überhaupt durch unsere Sozialpolitik große Vorteile gehabt hätte. Dieses Eingeständnis eines Großindustriellen muß man sich merken, um es gelegentlich denjenigen entgegenhalten zu können, die da behaupten, daß die Industrie durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschädigt sei. Auch dieser Redner wünschte weitergehende Schutzvorschriften für Heimarbeiter, als sie in der Vorlage enthalten sind. Namentlich sollen die sozialpolitischen Gesetzesvorschriften auf die Heimarbeit ausgedehnt, die Mitgabe von Heimarbeit nach Hause ausdrücklich verboten und eine größere Fürsorge für die Wöchnerinnen getroffen werden. Das Verbot der Nachtarbeit müsse nicht allein auf alle Personen bis zu 16, sondern bis zu 18 Jahren ausgedehnt werden. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat auch der nationalliberale Abgeordnete Everling, der im wesentlichen gegen die Sozialdemokratie polemisierte, die mit ihren unerfüllbaren Forderungen nur Unfrieden stifte, ohne auch nur im geringsten den Arbeitern helfen zu können.

Die linksliberalen Parteien schickten drei Redner von der freisinnigen Volkspartei und zwei von der freisinnigen Vereinigung vor. Von den Volksparteilern erörterte der Abgeordnete Enders die Verhältnisse der in seinem Wahlkreis Sonneberg weit verbreiteten Spielwarenindustrie. Wir behalten es uns vor, auf diese überaus interessanten Ausführungen näher einzugehen, sobald das Reichstagsprotokoll vorliegt. Das Eine können wir aber schon heute erklären, daß wir den Ausführungen dieses Redners, soweit sie sich auf die Berliner Heimarbeit ausstellen beziehen, nicht beistimmen können. Mögen auch manche Verhältnisse etwas einseitig dargestellt gewesen sein, im großen und ganzen hat die Berliner Heimarbeit ausstellung nach dem Urteil vieler Sachverständigen durchaus ein richtiges Spiegelbild der in der Hausindustrie herrschenden Zustände gegeben. Interessant waren auch die Ausführungen des freisinnigen Abgeordneten Günther-Blauen, der die Verhältnisse in der sächsischen Spitzen- und Silderindustrie aus eigener Anschauung schilderte. Während dieser Redner die Herabsetzung der Arbeitszeit warm befürwortete, sprach er sich gleichgültig doch gegen die weitere Einschränkung der Kinderarbeit aus, wodurch viele Arbeiterfamilien schwer beeinträchtigt würden. Auch dieser Standpunkt scheint uns durch die Erfahrungen längst widerlegt zu sein. Im Interesse der Erziehung und der Gesundheit der Kinder ist es unbedingt nötig, daß diese soviel wie irgend möglich von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen sein müssen. Der dritte Redner der freisinnigen Volkspartei, Abgeordneter Mang,

sprach unter grundsätzlicher Billigung der Tendenz der Vorlage sich für den einheitlichen Zusammenschluß der Kaufmanns- und Gewerbegerichte aus, denen auch die technischen Angestellten unterworfen sein müßten. Auch gegen die Konkurrenzklause wandte sich der Redner energisch und sprach die Hoffnung aus, daß sie sich vielleicht eines Tages gänzlich beseitigen lassen werde. Die Arbeiter-Schutzvorschriften müßten auch auf die kleinen Betriebe ausgedehnt werden, wo sie ganz besonders notwendig seien, weil dort Arbeitsordnungen und bergleichen fehlen. Redner bekämpfte auch mit guten Gründen die 60 Stunden-Woche, während er für den 10 stündigen Maximalarbeitsstag für Arbeiterinnen wirksam eintrat. Die Arbeiterausschüsse wünscht auch er obligatorisch eingeführt und zwar schon für Betriebe mit 30 Arbeitern. Das Mißtrauen mancher Industrieller gegen die Arbeiterausschüsse sei durchaus unberechtigt. Gerade der Arbeiterausschuß ermöglichte ein erfreuliches Zusammenarbeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Für die freisinnige Vereinigung sprachen die Abgeordneten Bachnick und D. Raumann. Letzterer hielt eine nicht bloß von sozialem Verständnis, sondern auch von großer Sachkunde zeugende Rede, die wir in ihren wesentlichen Stellen nach dem Stenogramm in einer unserer nächsten Nummern wiederzugeben beabsichtigen, weshalb wir es uns heute verjagen dürfen, näher auf diese Ausführungen einzugehen.

Auch die sozialdemokratische Partei nahm natürlich regen Anteil an der Debatte. Ihre Redner Molkenbühr, Geyer und Stadthagen nahmen aber, wie bereits bemerkt, insofern einen abweichenden Standpunkt ein, als sie die Vorlage vollständig verwarfen und an ihr auch kein gutes Haar ließen. In vieler Beziehung wurde sie sogar als ein Rückschritt gegenüber dem bestehenden Zustande bezeichnet. Das ist natürlich übertrieben, und es dürfte den Herren schwer fallen, auch nur den Schatten eines Beweises dafür zu erbringen. Genügt wird den Arbeitern durch eine derartige durchaus ablehnende Kritik nicht. Wenn das Gebotene nicht genügt, so soll man seine Hand dazu reichen, daß man Verbesserungen vornimmt. Man soll aber von vornherein nicht gleich das Ganze verwerfen. Wir haben schon mehrfach zu verstehen gegeben, daß auch wir mancherlei an der Vorlage auszufehen haben und gründliche Verbesserungen wünschen. Nun, Vorschläge sind in dieser Richtung wahrlich genug gemacht worden. Wenn nur alles das, was in der Debatte gewünscht wurde, noch berücksichtigt wird, dann kann wohl etwas Brauchbares, wenn auch nicht Vollkommenes aus dem Gesetz werden. Daran mögen alle diejenigen mitarbeiten, denen am Wohl der deutschen Arbeiterschaft etwas gelegen ist.

## Modernen Cäsarenhochmut!

In Leipzig, der historischen Stätte des marxistischen Ueberradikalismus, fanden vorige Woche die Ortskrankenkassenwahlen statt. Die Vorgänge bei diesen Wahlen verdienen weiteren Kreisen bekannt zu werden. Vorausgeschickt sei, daß gegenwärtig sämtliche Arbeitnehmerräte in den Händen der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind. Sozialdemokratisch muß extra unterfritten werden. Denn in Leipzig wird von der sattsam bekannten „Leipziger Volkszeitung“, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteiorganen anderer Orte, stets mit herzerfrischender Offenheit nachdrücklich erklärt, daß die Gewerkschaften

selbsterständlich sozialdemokratisch sind. Seit zwölf Jahren haben sich die Wähler zur Ortskrankenkasse in eintrüger Weise abgepielt, d. h. es war immer nur eine Liste aufgestellt. Bei den Wahlen 1890 und 1896 war von Gewerkevereinsseite eine Gegenliste aufgestellt; aus hier nicht näher zu erörternden Gründen ist dann aber später ein selbständiges Vorgehen unterlassen worden.

Die nationalen Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen, und hier wieder in erster Linie die Deutschen Gewerkevereine, sind der Meinung, daß die Mitglieder der Ortskrankenkasse, die nicht sozialdemokratisch sind, neben ihren Pflichten doch wohl auch Rechte zu beanspruchen haben. So wurde beschlossen, bei der diesmaligen Wahl der Vertreter zur Generalversammlung mit selbständiger Liste vorzugehen. Umsomehr war dies notwendig, weil den bescheidenen Anregungen und Wünschen, namentlich der weiblichen Mitglieder, unter dem gegenwärtigen Regiment niemals Rechnung getragen wurde.

Das selbständige, energische Auftreten der nationalen Organisationen erregte unter den „Klassenbewußten“ Arbeitern Entzücken und Entrüstung. Als gar noch zur Aufklärung, warum ein selbständiges Vorgehen notwendig sei, eine große von ca. 2000 Personen besuchte öffentliche Versammlung, in der Kollege Erkelenz, Berlin referierte, stattfand, sollen wie gerüchtweise verlautet, einige unfehlbare Parteigrößen von Lobsuchtsanfällen heimgesucht worden sein. Daß bei diesem Refektreiben die „Leipziger Volkszeitung“ nicht fehlte, braucht kaum erwähnt zu werden. Dieses edle Organ für „Sauerbraten“ faßelte in der ihm eigenen Weise „von den von Unternehmern geleitetelementen Leuten, allerlei streiftreibenden Elementen, Reichsälgenverbändlern, nationalen Sumpfgewächsen, Kapitalbedienten usw.“

In der oben bemerkten öffentlichen Versammlung trat nach den Referaten des Kollegen Erkelenz und der Frau Krause vom Verbande kaufmännischer Gehilfen als erster Diskussionsredner der Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse, Herr Redakteur Volzender, sozialdemokratischer Stadtverordneter und Durchfallskandidat von Merseburg-Querfurt, auf. Zu dem Punkte Einführung der Verhältniswahl bemerkte Herr Volzender als „unparteiischer“ Klassen-Vorsitzender: „Ich bin für meine Person ein Anhänger der Verhältniswahl, ich halte sie für das gerechteste Wahlsystem. Aber die Klassenbewußten Arbeiter müßten Narren sein, wenn sie die Macht, die sie besitzen, mit Ihnen teilten. Veranlassen Sie die Einführung durch Gesetz.“ Die weiblichen Mitglieder verlangten: „Weibliche Mitglieder in der Generalversammlung und im Vorstand, sowie weibliche Krankenträgerinnen!“ Einen diesbezüglichen Antrag hat der Vorstand abgelehnt. Der unparteiische Vorsitzende, Herr Volzender, erklärte: „Weibliche Krankenträgerinnen können wir nicht anstellen; die werden für die Kasse zu teuer und sind nicht geeignet, zuverlässig Kontrolle auszuüben.“ Wie man sieht, sind Gleichberechtigung in Theorie und Praxis bei den Sozialdemokraten zwei ganz verschiedene Dinge. Dabei sind unter den 161 000 Mitgliedern der Leipziger Ortskrankenkasse 49 000 weibliche. Um den ungewöhnlichen Vorgang, daß sich der Vorsitzende, der doch „unparteiisch“ sein soll, auf solch blamabler Weise in dem Wahlkampf stützt, noch blamabler zu gestalten, erklärte er zum Schluß seiner Ausführungen mit erhobener Stimme: „Ich wünsche Ihnen am 13. Februar eine glänzende Blamage!“ Wenn ein Klassenbewußter Arbeiter so auftritt, geht man zur Tagesordnung über. Das Auftreten des „unparteiischen“ Vorsitzenden Herrn Volzender aber zeugt von einem brutalen Unternehmervorstandspunkt. Es entspricht dem Grundsatz: „Wer die Macht hat, hat auch das Recht!“ Das ist der aufgeblasene, moderne Cäsarenhochmut!

Daß nach diesen Vorgängen alles erwartungsvoll dem Wahlergebnis entgegen sah, ist zu verstehen. Von unserer Seite hat man sich keinen Illusionen hingegen. Denn erfahrungsgemäß ist bei erstmaliger Beteiligung an irgend einer Wahl, wenn nicht ganz außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen, auf eine große Stimmzahl nicht zu rechnen. So kam uns das Wahlergebnis auch nicht überraschend. Von den 161 000 Mitgliedern der Leipziger Ortskrankenkasse sind 99 000 wahlberechtigt. Ihr Wahlrecht übten nur 34 500 aus. Auf die Liste der nationalen Organisationen entfielen 3400 Stimmen, die sozialdemokratische Liste zählte 31100. Im Jahre 1896, wo zuletzt eine Gegenliste aufgestellt war, hatte die Gewerkevereinsliste 1750, die sozialdemokratische Liste 12700 Stimmen erzielt. Der Ausfall der Wahl zeigt, daß noch sehr viel gesehen muß, um die nationalen Mitglieder der Kasse so zu schulen, daß sie derartigen Wahlkämpfen gegenüber gerüstet sind. Der Wahlakt selbst war vom Kassenvorstand gänzlich unzulänglich und mit einer gewissen Raffinesse vorbereitet. Die Wähler wurden in den 6 Wahllokalen, Etablissements mit großen Sälen, zunächst in ein kleines Zimmer, die Treppe hinauf über die Galerie bis an den Kontrolltisch, dann wieder die Treppe hinunter in das eigentliche Wahllokal geleitet, oder besser

gesagt, geschoben. Die Sänen, die sich vom Eintritt des Wählers in das Wahllokal, bis er an die Wahlurne gelangte, abgepielt haben, spotten jeder Beschreibung. Wenn die Sozialdemokratie sich bei Reichstags- oder Landtagswahlen über Wahlbeeinflussung beschwert, so hat sie durch die Leipziger Ortskrankenkassenwahl jedes Recht hierzu verloren. Größere Wahlbeeinflussung kann überhaupt nicht getrieben werden. Selbst die „Leipziger Volkszeitung“, die doch wahrhaftig keine zarten Nerven hat, gibt verschämt zu, daß ein greuliches Lohwabohu geherstet habe!

Da nun an der Tatsache, daß 3400 Mitglieder der Ortskrankenkasse für die nationale Liste gestimmt haben und bei einem einfacheren Wahlverfahren diese Zahl sich mehr als verdoppelt hätte, nichts mehr zu ändern ist, muß man auf eine andere Art und Weise das energische Vorgehen der nationalen Organisationen verächtlich zu machen. Die marxistischen Zionswächter an der Spitze haben die nationale Kandidatenliste mit Königsstrahlen durchleuchtet, und nun wird in recht schmutzig-gebläuliger Weise an einzelnen Kandidaten herumgedokt. Daß bei einem erstmaligen Vorgehen, trotz peinlichster Vorsicht, Irrtümer und Mißverständnisse vorkommen können, wird wohl kein vernünftiger Mensch bestreiten. Waren doch 607 Kandidaten in 3 Abteilungen, möglichst auf alle Berufe verteilt, aufzustellen. Eine recht schwierige Arbeit! Wer aber selbst im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! Bei einer stichigen Durchsicht der sozialdemokratischen Liste konnten wir feststellen, daß über 120 Partei-, Gewerkschafts- und Konsumvereinsangestellte als Vertreter aufgestellt sind. Wir sind nicht boshaft genug, um nicht der Versicherung glauben zu schenken, daß diese Personen rein zufällig auf die Liste gekommen sind. Daß ferner die „Leipziger Volkszeitung“ noch besonders hervorhebt, daß sie die Angaben über einige Kandidaten, die noch nicht wahlfähig sein sollen, auf ihre Richtigkeit geprüft habe, ist zwar recht amüßant zu lesen, fällt aber weiter nicht auf. Denn da der Vorsitzende der Ortskrankenkasse zu gleicher Zeit dem Redaktionsstabe der „Leipziger Volkszeitung“ angehört, ist ja eine Verbindung da, wie sie enger nicht gedacht werden kann.

Daß eine stichige Durchsicht der Liste komplizierteres Verfahren erfordern, die nationalen Organisationen Leipzig, an der Spitze die Deutschen Gewerkevereine, werden solange kämpfen, bis ihnen eine entsprechende Vertretung in der Verwaltung der Leipziger Ortskrankenkasse eingeräumt wird. Zunächst wird es sich darum handeln, ob Protest gegen die vollzogene Wahl erhoben wird oder nicht. Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen. Ausreichende Gründe sind vorhanden. Jedenfalls sind wir auf einen neuen Kampf gerüstet.

Kollegen allerorts, geht vor, wie dies nunmehr in Chemnitz und Leipzig geschieht ist. Denn ohne Kampf kein Sieg! —er-Leipzig.

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Jeder deutsche Mann sieht gern einmal die Hauptstadt des Reichs, Berlin. Man hört und liest so viel von ihr, daß jeder begierig ist, sie auch persönlich kennen zu lernen.

Nun hat aber der Arbeiter selten die Mittel, um eine solche Reise zu machen. Um so verlässlicher ist es dann, wenn ein Kollege eine Unfallsache vor dem Reichsversicherungsamt hat. Er sagt dann leicht den Entschluß, persönlich den Termin wahrzunehmen und kann sich bei der Gelegenheit gleich Berlin mit versehen. Dazu kommt die recht verbreitete falsche Meinung, daß, wenn ein Verletzter selber zum Termin erscheint, er unter allen Umständen die Reisekosten erstattet bekommt. Was man wünscht, glaubt man gern. Und da man eine Reise nach Berlin sich wünscht, glaubt man bombastischer, die Verursachung müsse die Reisekosten zahlen. Was vermag nicht ein fester Glaube! Er kann Berge versetzen. Warum soll er also nicht auf Reisekosten nach Berlin und zurück ins Portemonnaie träumen können. Davor bewahrt auch nicht der Wortlaut der Terminladung, die das Reichsversicherungsamt versendet und die wörtlich lautet:

„Wenn Sie in dem Termin erscheinen oder sich vertreten lassen, so dürfen Sie auf Ersatz der Ihnen entfallenden Kosten nicht rechnen. Vielmehr sind die einer Partei in dem Verfahren vor dem R. V. A. erwachsenen Kosten nur dann zu erstatten, wenn der Prozeß gegner unterliegt und nur insoweit, als das R. V. A. anerkennt, daß der aufgewendete Kostenbetrag zur zweckentsprechenden Wahrung der Rechte der Partei notwendig ist.“

Das ist doch deutlich; aber die Hoffnungsvollen, die unter allen Umständen die Siegesallee sehen wollen, lassen sich ihren Glauben nicht rauben. Noch am Fahrkartenschilder pflanzen sie die Hoffnung auf, könnte man frei nach Schiller sagen, wenn sie in naivem Glauben erwidern: Man muß mir die Kosten erstatten.

So rollen sie denn mit hochgeschwellter Brust los. In der Regel melden sie sich vorher bei uns gar nicht an, sondern tauchen plötzlich hier auf dem Bureau auf. Oft schreiben sie aber auch vorher. Man rät

ihnen zu Hause zu bleiben, einmal, zweimal, aber ohne Erfolg. Ihr starker Glaube überwindet alles. Während der Verhandlung stellt sich dann bald der Vater ein. Oft sieht die betreffende Unfallsache so wackelig, daß sie verloren geht. Dann ist es um das Reisegeld geschehen und auch aus der Beschäftigung der Stadt wird nichts.

Wir können daher nicht oft und deutlich genug wiederholen: Kollegen, die bei ihrer Unfallsache durch den dazu bestimmten Beamten des Verbands vertreten werden, sollen nur mit dessen Zustimmung und nur nach ausdrücklicher Aufforderung die Reise nach Berlin machen. In allen andern Fällen können sie ihm die Sache allein überlassen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 6. März 1908.

Der § 7 des Reichsvereinsgesetzes ist in der letzten Sitzung der Reichstagskommission am Montag in der Gesamtabstimmung abgelehnt worden. Dasselbe Schicksal hatten vorher die gestellten Abänderungsvorschläge. Nur einzelne Teile des freisinnigen Antrags Dr. Müller-Meinungen hatten eine Mehrheit gefunden. Die Kommission wird nun zunächst die zweite Lesung vornehmen, die am 11. März beginnen soll. Sicherlich werden in der Zwischenzeit Versuche gemacht werden, um eine Einigung herbeizuführen. Wir erwarten ganz bestimmt von den liberalen Parteien, daß sie auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren und keinesfalls über die gemachten Zugeständnisse hinausgehen. In einer der letzten Sitzungen der Kommission hat der Abgeordnete Träger erklärt, daß der § 7 in der Regierungsfassung für ihn und seine Freunde unannehmbar sei. Der Antrag Müller-Meinungen, der bestimmt, daß in öffentlichen Versammlungen in der Regel die deutsche Sprache angewandt werden müsse, andernfalls der Behörde dreimal 24 Stunden vorher Mitteilung zu machen sei, daß in einer fremden Sprache verhandelt werden solle, sei das Auserwählte, was sie bewilligen könnten. An dieser Erklärung muß unbedingt festgehalten werden. Ein weiteres Entgegenkommen würde man im Lande nicht bestehen. Wenn der Regierung und den übrigen Parteien an dem Zustandekommen des Reichsvereinsgesetzes etwas liegt, so mögen sie hier die Hand bieten. Für ein Reichsvereinsgesetz mit einem Sprachenverbot würden wir uns jedenfalls als nationale Arbeiterorganisation ganz entschieden bedanken müssen.

Die gekränkten Selben. Vor kurzem brachte die „Frankf. Ztg.“ nach einem Aufsatz im Reichs-Arbeitsblatt einen durchaus sachlich gehaltenen Artikel über die gelben Organisationen, der allerdings nicht gerade schmeichelhaft für diese neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung war. Darüber stöhnten sich die Selben und ihre Hintermänner gekränkt. Die Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg, eine der Hauptstützen jener Gebilde, hat der „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift zugehen lassen, in der es heißt:

„Wir gestalten uns, so konstatieren, daß die Selben genau ebenso selbständig sind, wie die anderen Organisationen; die immer wiederkehrende Behauptung — von den anderen Organisationen mit den heftigsten Beschimpfungen verbunden — daß die Selben das Koalitionsrecht verloren geben“, kann nicht erwiesen werden. Es möge doch einmal klipp und klar dargelegt werden, wodurch die Selben verhinert sein sollten, vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen und zu streiken, wenn sie es für notwendig erachten. Sie würden dabei gar nichts anders riskieren, als den Verlust von Wohlfahrts-einrichtungen, zu denen sie selbst nichts beitragen und welche ihnen andernfalls noch nicht zuteil geworden wären. Daß die Selben in erster Linie anstreben, in friedlichen Unterhandlungen mit dem Arbeitgeber ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, wird auch in Ihrem Artikel als recht vernünftig bezeichnet — allerdings nur in der Theorie — es ist aber auch für die Praxis richtig, wie durch den im dritten Abz. bestehenden „Arbeiterverein vom Werk Augsburg (G. B.)“ erwiesen; dieser hat auf friedlichem Wege Vorteile für die Arbeiter erreicht, welche ihnen ohne den „A. V. A.“ nicht zuteil geworden wären.“

Wir Recht bemerkt dazu die „Frankf. Ztg.“, daß diese Ausführungen lediglich eine Befestigung ihrer Auffassung enthalten. Wenn die Selben streiken, verlieren sie ihre Wohlfahrts-einrichtungen; das ist die Abhängigkeit in der bekannten üblichen Form. Sie riskieren aber unseres Erachtens noch mehr als den Verlust der Wohlfahrts-einrichtungen. Da sie keiner richtigen Organisation angehören, finden sie im Streit auch keine Unterstützung, so daß ihnen das Streiken schon dadurch unmöglich gemacht wird. Damit aber ist der Beweis erbracht, daß die Arbeiter sich durch den Anschluß an eine gelbe Organisation jeder freien Selbstbetätigung und der Möglichkeit berauben, aus eigener Kraft etwas für die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu tun. Ihre Koalitionsfreiheit wird ihnen dadurch vollständig genommen. Würden denn sonst auch die Arbeitgeber sich die Sache so viel kosten lassen, wenn sie nicht auf der anderen Seite ganz erhebliche Vorteile hätten? Und dann noch eines! Deshalb legen denn gerade die Meister und Vorarbeiter ihre ganze Kraft ein, um den Selben neue Mitglieder

zugelassen? Ja, häufig kommt es vor, daß Arbeiter, die sich weigern, einem gelben Verein beizutreten, lediglich deswegen als unbrauchbar entlassen oder nicht eingestellt worden sind. Das zeigt doch, daß die gelben Organisationen geschaffen sind, nicht für die Arbeiter, sondern für die Unternehmer. Wer die Verhältnisse kennt, weiß dies übrigens längst. Es muß aber immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, um die Leichtgläubigen über die ihnen durch die Gelben drohenden Gefahren aufzuklären.

**Auch in dem liberalen Hessen werden Straßendemonstrationen nicht geduldet.** Hessen nimmt bekanntlich insofern unter den deutschen Bundesstaaten eine besondere Stellung ein, als daselbst Führer der Sozialdemokraten mehrfach zu Hofe gegangen sind und längere Unterhaltungen mit dem Großherzog gepflogen haben. Es wurde deshalb vielfach angenommen, daß man auch den Straßendemonstrationen gegenüber eine andere Haltung als z. B. in Preußen einnehmen würde. Aus diesem Grunde hat der nationalliberale Abgeordnete Mann an den Minister des Innern, Dr. Braun, eine Anfrage gerichtet, auf die Klipp und klar eine verneinende Antwort erteilt wurde. Genau wie in Preußen würde man dagegen einschreiten. Je größer die Stadt, umso mehr Elemente, über die die Führer keine Macht haben, schließen sich den Demonstrationen an, und damit ist die Zulässigkeit des Eingreifens unbestreitbar. Ein Recht auf vorzugsweise Benutzung der Straßen für Demonstrationen können wir nicht zugestehen. Wünsche, die an allerhöchster Stelle eingebracht werden sollen, bedürfen nicht des Geleits von Hunderten und Tausenden, namentlich in Hessen nicht. Deswegen seien bei den letzten Darmstädter Wahrschönsversammlungen auch entsprechende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

**Arbeiterbewegung.** Immer mehr verschärft sich die Situation im deutschen Baugewerbe. Im bergischen Lande hat der Schlichterband für die baugewerblichen Betriebe die Mitglieder durch Rundschreiben aufgefordert, alle Vorbereitungen zur Einstellung der Arbeit, sowie alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den ihnen aufgedrungenen Kampf, der unermüdlich sei, in kürzester Frist durchzuführen. Auch der Arbeiterbund des Baugewerbes für Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg hat in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit der Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen der Dachdecker, Tischler, Maler, Klempner, Schlosser usw. beschlossen, an den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf Grund des Normaltarifs festzuhalten und Abwage von den Arbeitnehmern gestellten Mehrforderungen rundweg abzulehnen. — In Regensburg haben die Maler, Radierer und Antretschergesellen ihren Tarif gekündigt. Sie fordern 9/16 stündige Arbeitszeit und eine Lohnverhöhung um 5 Pfg. für die Stunde. — Die Differenzen auf den Sowiadtswerken in Kiel dauern fort. Wenn nicht in aller nächster Zeit die Arbeit wieder aufgenommen wird, beabsichtigt der Arbeitgeberverband der Eisen- und Metallindustrie Stellung zu nehmen und mit größeren Aussparungen zu antworten. — In einer Tarifbewegung befinden sich die Maler-Geiseln in Nürnberg-Fürth. Sie verlangen Lohnverhöhung sowie Erhöhung der Zuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit. Ferner soll am Sonntag schon um 4 Uhr der Arbeitsschluß eintreten. Die Unternehmer weigern sich, auf diese Vorschläge einzugehen und treffen Vorbereitungen zu einem weltweiten Kampf. — Die Bewegung bei der Firma Ruppertsbuch & Söhne, Schaffter Herb- und Wensdorf, greift weiter um sich. Nach den Schließern und Emailierern haben nun auch die Schlosser ihre Kündigung eingereicht. Darauf hat die Firma durch Anschlag sämtlichen Arbeitern gekündigt. Wer zur Aufrechterhaltung des Betriebes mitarbeiten will, soll sich bis zum 12. d. M. melden. Nur wenn sich genügend Arbeitskräfte finden, soll von der Schließung des Betriebes abgesehen werden. Bei der Firma sind insgesamt 1500 Arbeiter beschäftigt.

**Zum Begriff Betriebsunfall** hat das Reichsversicherungsamt am 30. Dezember 1907 eine bemerkenswerte Entscheidung getroffen. Ein Arbeiter sollte sich zwecks Abholung der noch auf einer früheren Arbeitsstelle befindlichen, ihm gehörenden Arbeitsgeräte auf einem Fahrrad nach der früheren Arbeitsstelle begeben. Auf dem Rückwege zur neuen Arbeitsstelle ist er infolge der Locklösung der an der Ventillange des Radbesonders befindlichen Geräte mit dem Rade gestürzt. Er zog sich dabei Verletzungen zu, die eine Erwerbsbeschränkung zur Folge hatten, und klagte infolgedessen auf Gewährung einer Unfallrente. Während die Berufsgenossenschaft die Rente ablehnte, sprach sie das Schiedsgericht zu. Wegen dieser Entscheidung legte nun die Berufsgenossenschaft beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein, es ebenfalls zuungunsten des Arbeiters mit folgender Begründung entfiel. Der Kläger hat den Weg unternommen, weil er sich seine Arbeitsgeräte abholen mußte, um die ihm in seinem neuen Ar-

beitsverhältnis als Benutzer obliegenden Arbeiten verrichten zu können. Er war gezwungen, sich die Arbeitsgeräte zu holen, um überhaupt die Möglichkeit zu haben, in seinem Berufe tätig zu sein und seine neue Arbeitsstellung zu behaupten. Danach ist der Kläger zu dem Wege, auf welchem er den Unfall erlitten hat, in der Hauptsache durch das seinen Eigenwirtschaft zugerechnende Interesse, seinen Lebensunterhalt zu erwerben zu können, veranlaßt worden. Der Unfall des Klägers konnte daher nicht als ein entschädigungspflichtiger Betriebsunfall angesehen werden. Infolgedessen hob das Reichsversicherungsamt die Entscheidung des Schiedsgerichts wieder auf und lehnte die Rente für den Verletzten ab.

**Die Ursachen für den Rückgang der Konjunktur** erblickt die Handelskammer zu Breslau nach ihren jenseits herausgegebenen Mitteilungen für 1907 zu einem erheblichen Teile in der derzeitigen Wirtschaftspolitik.

Auch die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel und Bedarfsartikel der dritten Schichten der Bevölkerung hat zu der Minderung der Konjunktur beigetragen. Außer den Zubehörsgegenständen haben im Berichtsjahre vor allem die wichtigsten Nahrungsmittel einen ungemein hohen Preisstand erreicht. Die brüchenden Fleischpreise der Vorjahre sind kaum zurückgegangen. Dazu trat des weiteren die Preissteigerung anderer Nahrungsmittel, insbesondere des Getreides. Der Getreidepreis hat im Berichtsjahre einen Stand erreicht, wie er seit Bestehen der Getreidezölle nur in dem Teuerungsjahre 1891 in annähernder Höhe zu verzeichnen war. Wenn diese Erscheinung vor allem in dem Ausfall der Winterernte begründet, mithin in den meissen Kulturstaaten zu beobachten, so dürften doch die Zollerhöhungen des neuen deutschen Zolltarifs eine Verschärfung zur Folge gehabt haben. Dazu kam, daß auch die Kohlenpreise andauernd ihren hohen Stand aufrecht erhielten, ja ihn noch überschritten.

Diese vermehrten Ausgaben für notwendige Bedarfsartikel verringern natürlich die Kaufkraftfähigkeit der Bevölkerung für industrielle Erzeugnisse. Die Nachfrage nach Verbrauchs- und Produktionsgegenständen ging unter der Einwirkung dieser Verhältnisse zurück, zumal da sich bei der Mindererzeugung und dem Miterümsatz auch infolge anderer Umstände, wie einer ungünstigen Bitterung, der verschlechterten handelspolitischen Lage, der ungünstigen Lage Auslands und verschiedener Erschwernisse auf dem Gebiete des Verkehrs wesentliche Störungen bemerkbar machten. Eine Verringerung des Absatzes, eine Verschärfung des Wettbewerbes, ein Rückgang der Preise und dazu Verluste an den Vorräten waren die Folge davon.

**Für die Befestigung der Unfallrenten** von weniger als 20 Pct. spricht sich eine Petition aus, die der Hauptvorstand des rheinischen Bauernvereins an den Reichstag gesandt hat. Begründet wird die Eingabe damit, daß die Landwirtschaft gerade durch diese kleinen Renten ungemein belastet würde. Den Empfängern aber nützte sie nichts, da sie als „Schnapsrenten“ betrachtet würden und das Simulantentum befördern.

In der Petitionskommission wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß, wer einen Unfall erlitten habe, dafür auch entschädigt werden müsse. Die Landwirte sollten lieber darauf achten, daß die Unfallverhütungsvorrichtungen überall angebracht würden. Ergoßem wurde über die Petition nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen, sondern dieselbe als Material dem Reichsanwalt überwiesen. Wenn damit auch lediglich dafür gefordert ist, daß die Petition in den Papierkorb wandert, so heißt das unseres Erachtens der Sache doch noch zu viel Ehre antun. Es ist wirklich unerhört, daß gerade von einer Seite aus, wo man die Hilfe des Staates nicht genug für sich in Anspruch nehmen kann, man den armen Verunglückten auch noch die geringe Entschädigung entziehen will, die ihnen für den Verlust ihrer gesunden Glieder zusteht.

**Der Bund der Landwirte und die Genossenschaften.** Eines der Blätter, die die städtischen Konsumvereine am geschäftigsten bekämpfen, ist die „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin, das Organ des Bundes der Landwirte. Alle Steuerhelfer gegen die Konsumvereine finden den Beifall dieses Blattes, und von den Direktoren des Bundes ist schon mehrfach ein plattes Verbot der Konsumvereine verlangt worden, so erst vor kurzem von Herrn Dr. Hahn in einer Versammlung in Hamburg. Derselbe Bund der Landwirte fördert das Genossenschaftswesen auf dem Lande aber nach Kräften, wie sich wieder aus seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1907 ersehen läßt, dem wir folgende Angaben entnehmen:

Die Abteilung für Versicherungswesen hat im Jahre 1907 auf 4436 Anfragen Rat und Auskunft in Versicherungsangelegenheiten erteilt. Von der Abteilung für Buchführungswesen ist im Jahre 1907 die Buchführung von 667 kleineren und größeren Betrieben hier ausgestellt bzw. kontrolliert worden. Die Abteilung für Maschinenwesen hat im Jahre 1907 Maschinen und Geräte im Werte von 688 000 Mk. an Bundesmitglieder und angeschlossene Genossenschaften geliefert. Außer verschiedenen privaten

Vereinigungen wurden durch die Maschinenabteilung 26 Genossenschaften für gemeinschaftliche Maschinenbenutzung gegründet, und zwar 20 Dreifachgenossenschaften und 6 Vollerzeugungsgenossenschaften. Diese Genossenschaften schlossen sich dem Konsumsverband und der genossenschaftlichen Zentralkasse des Bundes der Landwirte an. Die Abteilung für Vermittlung von Originalsaatgut hat im Geschäftsjahre 1907 an Originalsaatgut 11 796 Zentner im Werte von 205 850 Mark vermittelt. Bei diesen Verkäufen haben die Mitglieder einen Rabatt von 13 293 Mk. erhalten. Die Abteilung für Vermittlung von Düngemittel und Futtermitteln hat 4 407 462 Zentner Düngemittel und Futtermittel im Werte von 7 164 448 Mk. vermittelt. Der Rabatt für die Bundesmitglieder pro 1907 stellt sich auf etwa 222 087 Mk. Im Konsumsverband des Bundes der Landwirte sind 349 Genossenschaften vereinigt. Von diesen Genossenschaften sind: 63 Spar- und Darlehnskassen, 21 Vollerzeiter, 16 Brennereien, 27 Zuchtgenossenschaften, 123 Milchverwertungsgenossenschaften, 25 Ein- und Verkaufsgenossenschaften, 21 Viehverwertungsgenossenschaften, 26 Dreifachgenossenschaften, 28 diverse Genossenschaften. Der Umsatz der genossenschaftlichen Zentralkasse des Bundes der Landwirte betrug im verfloffenen Geschäftsjahre 178 Millionen Mark.

Selbstverständlich läßt sich gegen diese Tätigkeit nicht das geringste einwenden. Dann soll man aber im Bunde der Landwirte auch konsequent sein und vom Kampfe gegen die Konsumvereine ablassen. Sonst muß der Eindruck erweckt werden, als ob das ganze Geschimpfe auf die Konsumvereine nur zu dem Zwecke geschieht, das Kleinbürgertum auf seine Seite zu bekommen. Oder sollte das in Wirklichkeit nur beabsichtigt werden?

**Verein für Volksunterhaltungen.** Am Sonntag, den 8. März, nachmittags 5 Uhr, findet als 367. Veranstaltung in der Urania (Laubenstr.) ein Projektionsvortrag über: „Rairo und die Pyramiden“ von Herrn Franz Goerke (Direktor der Gesellschaft Urania) statt.

### Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

**Ortsverband Fürth.**  
Unser Ortsverband erlebte seine Geschichte in 8 Vorstandsjahren, 2 kombinierten Ausschüssen, sowie 6 Ortsverbandsversammlungen. Das Jahr 1907 selbst kann als ein ruhiges am höchsten Ort bezeichnet werden. Größere Lohnkämpfe fanden nicht statt. An Arbeit fehlte es aber sonst nicht. Die Gründung des Arbeitersekretariats in Nürnberg, welche sich im Monat Juni vollzog, bedeutet einen guten Schritt vorwärts für den höchsten Ort. Die Mitglieder der höchsten Ortsvereine schlossen sich dem Sekretariate gleich an, und war die Tätigkeit des Sekretärs Barnholt für die angeschlossenen Vereine durchaus von Erfolg. Es ist nur zu hoffen, daß in Wäite die dem Sekretariate noch nicht angeschlossenen Vereine hier das Verstumme nachholen. In einer am 24. Juli stattgefundenen Versammlung behandelte Kollege Barnholt das Thema: „Die Wohnungsfrage in dieser Stadt“. Am 7. August erstattete Kollege Röhmer Bericht über den Verbandstag, und am 30. November behandelte G. Barnholt das Programm der Gewerksvereine. Am Ende des Jahres gelang es den Bemühungen der Kollegen Barnholt und Liefel, einen Ortsverein häußlicher Arbeiter zu gründen, dem gleich 28 Mitglieder beitraten.

Brüderlich, wie einmal unsere roten Gegner sind, bekämpften sie diese Gründung mit allen Mitteln. Doch die geschäftigen Angriffe prallten ab an dem gesunden Sinne dieser neuen Mitglieder. Der Ortsverband besteht also am Schlusse des Jahres aus 8 Ortsvereinen mit über 500 Mitgliedern. Unsere langjährigen Leiter, die Kollegen Zammhauser und Heuger legten am Schlusse des Jahres ihre Ämter im engeren Vorstand nieder, und jüngere Kollegen folgten ihnen. Möge es diesen vergönnt sein, mit Unterstützung der bewährten zurückgetretenen Kollegen auch das Jahr 1908 erfolgreich für unsere Organisation zu gestalten. Unsere Mitglieder mehr durch wissenschaftliche Vorträge und gesellige Unterhaltung an die Versammlungen zu fesseln, das wird mit einer unserer ersten Aufgaben sein müssen. Eine im Dezember abgehaltene Weihnachtsfeier hat gezeigt, daß unseren Mitgliedern auch in geselliger Beziehung genügt werden muß.

Zum Schlusse will ich nur noch erwähnen, daß die Ortsvereine durch Zahlung der Beiträge an den Ortsverband nicht von jeder weiteren Mitarbeit entbunden sind, sondern es muß dahin gewirkt werden, daß alle Mitglieder zur gemeinsamen Arbeit unablässig angespornt werden. Hoffen wir, daß die Fühlung eine bessere, der Besuch der Ortsverbandsversammlungen ein regerer und damit der Erfolg ein besserer wird.

Hans Schnitzler, Ortsverbandssekretär.

**Ortsverband Schkeuditz.**  
Der Ortsverband besteht zurzeit aus 4 Ortsvereinen mit ca. 90 Mitgliedern. Seine Geschäfte wurden in 8 Vertreteritzungen und 4 Mitgliederversammlungen erledigt. Referate wurden gehalten im März von Kollegen Schröder vom Ortsverein der Tischler über das Thema: „Wie stellen sich die Ausbreitungsverhältnisse zum Verbandstage? und im Juni vom Kollegen Sauer-Weißig über den Verbandstag und seine Beschlüsse. Ferner fand der Delegiertentag des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes am 1. Osterfesttage hier statt, zu dem 54 Delegierte von auswärtigen Ortsvereinen, sowie 1 Vertreter von der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ erschienen waren. Nur ein Vergnügen wurde veranstaltet, und zwar ein Sommer- und Kinderfest, welches einen vorzüglichen Verlauf nahm. Im Laufe des Jahres

wurde auch eine Regelung der Unterföpfung an durchreisende Kollegen vorgenommen. Die Vertreterwahlen zur Ortsratenkasse wurden den Ortsvereinen überlassen. Max Berner, Schriftföhrer.

**Ortsverband Sommerfeld-Oaffen.**

Das verlossene Geschöftsjahr bot unserem Ortsverband ein sehr reiches Feld der Tötigkeit. Abgehalten wurden 1 außerordentliche, 4 Ortsverbands- und 1 öffenliche Gewervereins-Versammlung, sowie 8 Ausschüßsitzungen. In der am 2. Februar abgehaltenen außerordentlichen Ortsverbandsversammlung referierte der vom Zentralrat beauftragte Kollege Kllemann-Mallmüß über: „Gewervereine und Politik“. Die öffenliche Gewervereinsversammlung fand am 14. März statt, in welcher die Verbandsgegossen Elbel-Spremborg und Schumacher-Berlin sprachen über die „Stellungnahme zu der am 4. März im Kurfürstensaale (Vereinslokal der „freien“ Gewerkschaften) abgehaltenen Versammlung“. Anlaß hierzu gab eine vom Gewerkschaftsratell einberufene öffenliche Versammlung, welche dazu dienen sollte, den Gewervereineren gehörig mal eins auszuweisen. Die Anfang März eingeleitete Lohnbewegung des Ortsvereins der Schneider hatte eine Lohnaufbesserung zur Folge. Die im Juli in den hiesigen Begeleien ausgebrochene Lohnbewegung hatte jedoch nicht den erwünschten Erfolg. Der 1906 gegründete Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter trat dem Ortsverbände bei.

Biel Mühe und Arbeit verurachteten die Vorbereitungen zu dem am 9. Juni hier stattgefundenen Agitationsfest der Niederlausitzer Gewervereine. In der Vormittags-Versammlung referierte Verbandssekretär Neustedt-Berlin über: „Die Deutschen Gewervereine eine nationale Notwendigkeit“. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Dies die Tötigkeit des hiesigen Ortsverbandes. Von seiten des Vorstandes ist nichts unterlassen worden, für Ausbreitung des Ortsverbandes Sorge zu tragen. Deshalb ersuche ich zum Schluß alle Ortsvereinsvorstände recht dringend, auch die Mitglieder anzuspornen, recht zahlreich in den Ortsverbandsversammlungen zu erscheinen und unter ihren Arbeitskollegen für unsere Sache zu agitieren. Max Hoffmann, Schriftföhrer.

**Verbands-Teil.**

**Bekanntmachung.**

Achtung! Ortsverbände! Achtung! Trotz Erinnerung im „Gewervereine“ und wiederholter Zusendung von Formularen haben einige Orts-

verbände selbst bis heute noch nicht die Adressen der Vorstandsmitglieder dem Verbandsbureau übermittelt.

Es sind dies die Ortsverbände: Annahütte, Beuthen, Bremerhaven, Burg, Erlangen, Frankfurt a. M., Glag, Herne, Jüterburg, Kattowiß und der Obererzgebirgische Ortsverband.

Wir fordern nochmals die Schriftföhrer obengenannter Ortsverbände auf, die Adressen der Vorstandsmitglieder umgehend einzusenden, andernfalls die Adressenverzeichnisse ohne dieselben erscheinen müssen.

Etwas in der Zwischenzeit erfolgte Änderungen der Adressen der übrigen Ortsverbände sind ebenfalls noch zwecks Richtigstellung im Adressenverzeichnis zu melden.

Der geschöftsföhrende Ausschüß  
F. Neustedt, Verbandssekretär.

**Versammlungen.**

**Berlin. Diskutterklub der Deutschen Gewervereine (S.-D.).** Verbandslokal des Deutschen Gewervereins, NO., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-10 1/2 Uhr. Vortrag. Gäste willkommen. — **Gewervereins-Liedertafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Abungshunde im Verbandsbause der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Diskutterklub Moabit.** Jeden Freitag, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 53. Gäste sehr willkommen. — **Bühnauer.** Montag, 9. März, abds 9 Uhr, Versammlung bei Preuß, Dresdenerstr. 10.

**Orts- und Medizinalverbände.**

**Herne (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz Schulze-Mattler, Diskutterstunde. — **Nachen (Diskutterklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abds 8 1/2 Uhr, Diskutterabend bei Seugler, Ecke Hansemannplatz u. Zülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abds 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poosstraße Diskutterstunde. — **Spandau (Diskutterklub der Deutschen Gewervereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, abds 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selsenkirchen (Sängerchor der Deutschen**

Gewervereine). Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe im Verkehrslokal Pieper (früher Merlid), Schaller- und Fiorastragen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Diskutterklub.** Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abds 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Behle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abds 8 1/2 Uhr im Sandierbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — **Hegnitz (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abds 8 1/2 Uhr, im „Bring von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg (Diskutterklub).** Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10-12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Hagen und Umgegend (Diskutterklub).** Zeit jeden Donnerstag, abds Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Ritg- und Bergstraßen-Ecke. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreter-sitzung in Nachen, Zülicherstr. 72, Restaurant „Zur Post“. — **Röln (Diskutterklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abds 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Ultergasse. — **Oberschöneweide (Diskutterklub).** Sitzung alle 14 Tage Mittwoch bei Steiner, Wilhelminenhoffstraße 14.

**Literatur.**

**Eingegangene Bücher und Broschüren.** Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rüşführung erfolgt nicht. **Zur Rechtsfähigkeit der deutschen Arbeitervereinsvereine.** Von Andrew Thornbrite. Verlag der S. Kaupffchen Buchhandlung in Löhmann. **Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften.** Von Adolf Braun. Verlag von S. G. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. **Die sozialen Ursachen der Säuglingssterblichkeit.** Von Gustav Emmae. Verlag der „Globe“ in Berlin-Schöneberg. Preis gebunden 1 Mk. **Erstklassige Arbeiter.** Sozialer Roman von August Krupp. Verlag: Modern-litterarisches Bureau in Halle a. S. **Der Invalid.** Handbuch für Berg-, Hütten- und Fabrikarbeiter u. zur Selbstbelehrung und zum Selbstgebrauch. Mit Auszug aus dem Invalidenversicherungsgesetz und Beiträgen- und Rentenberechnungstabelle. Von Hermann Fischer. Verlag von Joh. Neumann in Zwidau. Preis 1 Mk. **Arbeitsstatistikverträge.** Verhandlungen der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform am 28. Oktober 1907. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis 50 Pf.

**Anzeigen-Teil.**

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Gewerverein der Deutschen Stuhlarbeiter (Textilarbeiter) und verwandten Berufsgegossen.**

Hierdurch wird die  
**13. ödentliche Generalversammlung**  
vorgenanntem Gewervereins zum 19. April 1908 und folgenden Tagen nach Berlin im Verbandsbause, Greifswalderstr. 221/223, endgültig einberufen.  
**T.-D. der Vorversammlung:** Eröffnung um 4 Uhr nachmittags. 1. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate. 2. Wahl des Bureaus für die Generalversammlung. 3. Aufnahme etwaiger Dringlichkeits-Anträge. 4. Bestimmung der endgültigen Tages- und Geschöftsordnung.  
**T.-D. der Hauptversammlung:** 1. Bericht über die Tötigkeit und Entwicklung des Gewervereins (hierzu gedruckte Vorlage). Referent: Max Bierhub-Spremborg. 2. Die Stellung der Gewervereine zum öffenlichen Leben und zu den Parteien. Referent: Verbandsvorsitzender K. Goldschmidt-Berlin. 3. Rassenbericht und Entlastung der Beamten. Referenten: Otto Schröder und Generalreferent E. Plüschid-Spremborg. 4. Anträge zum Statut, zum Unterföpfung- und Rechtsföschuß-Reglement, sowie besondere Anträge. 5. Wahlen.  
Die gewählten Abgeordneten werden ersucht, sich im Verbandsbause pünktlich einzufinden.  
Mitglieder unseres Gewervereins und Verbandskollegen sind als Gäste willkommen.  
Spremborg, 2., Jägerstraße 6, den 4. März 1908.  
Für den Generalrat:  
Carl Ulrich, Max Bierhub, Otto Schröder,  
Vorsitzender, Sekretär, Schagmeister.

**Kranke und Begräbniskasse des Gewervereins der Deutschen Stuhlarbeiter (Textilarbeiter) und verwandten Berufsgegossen.**

Hierdurch wird die  
**4. ördentliche Generalversammlung**  
obengenannter Kasse zum 21. April 1908, nachmittags 2 Uhr, nach Berlin, im Verbandsbause, Greifswalderstraße 221/223, endgültig einberufen.  
**Tagesordnung:** 1. Prüfung der Mandate. 2. Wahl des Bureaus für die Generalversammlung. 3. Bericht über die Lage und Wirkfamkeit der Kasse. Referent: Schagmeister D. Schröder und Generalreferent E. Plüschid. 4. Beratung der Anträge zum Statut und besondere Anträge. 5. Wahlen.  
Spremborg, 2., Jägerstraße 6, den 4. März 1908.  
Für den Generalrat:  
Carl Ulrich, Max Bierhub, Otto Schröder,  
Vorsitzender, Sekretär, Schagmeister.

Künstlerische Ausführung. — Billigste Preise in  
**\* Vereinsfahren \***  
Chäppen, Fahradbänder, Vereinsabzeichen, etc.  
Carl Neff's Fahnenfabrik, Kunststickerol  
Biberach a. d. Riss, Württemberg.

**Berliner Volks-Zeitung**  
Bestes Blatt für jedes Mitglied eines Gewervereins.  
Sie kämpft seit länger als 1/2 Jahrhundert für das Koalitionsrecht der Arbeiter und für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zum Landtag.  
Die „Berliner Volks-Zeitung“  
ist die billigste, täglich 2 mal erscheinende Zeitung,  
sie kostet in Berlin  
**nur 75 Pf. monatlich**  
täglich zweimal frei ins Haus.  
Expedition der Berliner Volks-Zeitung  
Berlin SW. 19, Jerusalemstraße 46/49

**Zentralrat der Deutschen Gewervereine.**  
Mittwoch, den 18. März 1908, abds 8 1/2 Uhr,  
im großen Saale unseres Verbandsbause,  
Greifswalder Straße 221/223,

**Volkswirtschaftlicher Abend.**  
Vortrag des Herrn Amtsgerichtsrats Dr. A. Hartmann über  
**Die Strafrechtsreform.**  
Die Verbandsgegossen und -Genossinnen von Berlin und Umgegend werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Der geschöftsföhrende Ausschüß.

**Stralsund (Ortsverb.).** Herb. 75 Pf. bei E. Schröder, E. Furowski, Badenstr. 20, Luisenstr. 14.  
**Magdeburg.** Bauhandwerker zur Heimal, Bleistraße. Karten bei E. Schröder, Luisenstr. 14.

**Lokrestaurant.**  
sehr flottes Geschöft, an Hauptverkehrsstr. geleg., altershalber baldigst zu verpachten. G. Dangschat, Halle a. S., Reifstr. 13.

**Potsdam (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Ortsbescheid bei den Ortsvereinskassierern oder bei D. Kilmann, Französischestr. 8.

**Halle (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterföpfung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Taube, Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.

**Leipzig-West (Ortsverband).** Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewervereinskollegen die Karten für das Ortsverbands-gesekent bei den Vereinskassierern. Für Abendbrot und Nachquartier haben dieselben im „Stahlhannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

**Effenach (Ortsverb.).** Durchreisende, arbeitslose Gewervereinskollegen erhalten 50 Pfennig Unterföpfung. Meldungen beim Ortsverbandskassierer E. d. m. u. Hartmann, Wiesenstr. 10.

**Hannau i. Schief. (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten Sommer wie Winter 75 Pf. bei G. E. Guder, Große Burgstr. 14.

**M.-Glabbach-Meydt (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen jedes Berufs erhalten 50 Pf. Reiseunterföpfung im Gewervereinsbureau, Ecke Virriperstr. und Söfenstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofs. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenfrei an jedermann erteilt.

**Öln und Wäheim a. Rh. (Ortsverb.).** Durchreisende erhalten Verpföpfungskarten im Gewervereinsbureau, Severtstr. 113 I.